



## Hermesdeckungen des Bundes für Griechenland enden zum Jahresende - private Exportkreditversicherer übernehmen

Hermesdeckungen des Bundes für Griechenland enden zum Jahresende - private Exportkreditversicherer übernehmen  
Griechenland wird von der privaten Exportkreditversicherungswirtschaft wieder als absicherungsfähig für kurzfristige Exportkreditversicherungen angesehen. Daher beendet das Bundeswirtschaftsministerium die bislang geltende Ausnahmeregelung über staatliche Hermesdeckungen für Griechenland zum 31. Dezember 2014. Die privaten Kreditversicherer haben erklärt, die derzeit noch beim Bund bestehenden Deckungen auf Griechenland zum 1. Januar 2015 übernehmen zu wollen.  
Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel: "Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zeigt sich, wie wichtig staatliche Hermesdeckungen für unsere exportierenden Unternehmen sind. Es ist ein gutes Zeichen, dass jetzt die private Versicherungswirtschaft wieder für Griechenland-Risiken zur Verfügung steht. Es ist deshalb logisch und richtig, dass sich der Bund hier zurückzieht."  
Die Absicherung von Exportgeschäften innerhalb der EU und OECD-Kernländer mit kurzfristigen Zahlungszielen ist nach einer Regelung der EU-Kommission grundsätzlich den privaten Kreditversicherern vorbehalten. Für Griechenland galt ab April 2012 eine Ausnahme, da aufgrund der dortigen Krise kein ausreichendes privatwirtschaftliches Absicherungsangebot mehr zur Verfügung stand. Die Bundesregierung hat diese Ausnahme genutzt und deutschen Exporteuren zur Absicherung ihrer Ausfuhren nach Griechenland Hermesdeckungen zur Verfügung gestellt. Inzwischen steht wieder ein ausreichendes Angebot der privaten Versicherungswirtschaft zur Verfügung.  
Im Rahmen der Ausnahmeregelung hat die Bundesregierung von April 2012 bis heute kurzfristige Forderungen gegen Kunden in Griechenland in Höhe von rund 560 Mio. Euro mit Hermesdeckungen abgesichert, rund 200 deutsche Exporteure und indirekt auch über 800 griechische Unternehmen haben dies als Besteller nutzen können.  
Weitere Informationen finden Sie hier.  
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)  
Scharnhorststr. 34-37  
11019 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 18 615-6121  
Telefax: 030 18 615-7020  
Mail: [pressestelle@bmwi.bund.de](mailto:pressestelle@bmwi.bund.de)  
URL: <http://www.bmwi.de>

### Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

[bmwi.de](http://bmwi.de)  
[pressestelle@bmwi.bund.de](mailto:pressestelle@bmwi.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

11019 Berlin

[bmwi.de](http://bmwi.de)  
[pressestelle@bmwi.bund.de](mailto:pressestelle@bmwi.bund.de)

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet. Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen. Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden:  
Bundeskartellamt  
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle  
Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen  
Bundesagentur für Außenwirtschaft  
Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung  
Physikalisch-Technische Bundesanstalt  
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe